

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insetionspreis:  
die kleinpaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gewaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

N 136.

Freitag, den 22. Oktober

1909.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit in Erinnerung.

Stadttrat Eibenstock, den 20. Oktober 1909.

J. B. Kommerzienrat Eugen Dörfel.

### Schuttablagerungsplatz.

Als Schuttablagerungsplatz wird von jetzt ab die stadteilig gelegene Schlucht auf dem Grundstück des Pfarrlehns, Nr. 1104 des Flurbuches, links der Muldenhammerstraße bestimmt. Der Weg zu dieser Stelle zweigt links von dieser Straße dort ab, wo sie auf eine kurze Strecke auch auf der linken Seite von Wald begrenzt wird. Eine Tafel kennzeichnet den Punkt. Die Schutt-  
ablagerung in die tiefer gelegene zweite Schlucht wird für später vorbehalten.  
Den Schuttfahrenden wird zur Pflicht gemacht,

M.

a) sich mit den Fahrzeugen auf dem vorbezeichneten Zufuhrweg zu halten und jede Schädigung des am Wege liegenden Feldgrundstückes oder anderer Grundstücke zu vermeiden, sowie

b) den Schutt, gleichviel ob es sich um größere oder geringere Mengen handelt, regelmäßig einzuebnen, sodaß Erhöhungen gegenüber der Umgebung des Ablagerungsplatzes nicht entstehen.

Wer diese Vorschriften außer acht läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder entsprechender Haftstrafe belegt werden. Der Schuldige hat außerdem zu gewärtigen, daß die geschädigten Grundstücksberechtigten Erstattungsansprüche gegen ihn geltend machen, bez. daß die Stadt die Einebnung des Ablagerungsplatzes auf seine Kosten vornehmen läßt.

Eine Haftpflicht der Stadt wegen etwaiger Schädigung an Leben, Gesundheit oder Eigentum der Schuttfahrenden gelegentlich der Schuttablagerung wird abgelehnt.

Stadttrat Eibenstock, den 15. April 1909.

Dörfel.

Müller.

### Die Bewegung um Ferrer.

Die Hinrichtung des spanischen Buchhändlers Ferrer hat alle Sozialisten und Radikalen in den verschiedenen Ländern, namentlich in Frankreich und Italien, in große Aufregung versetzt. Zum Zeichen des Protestes sind in vielen Orten Generalausstände und Massenaufzüge in Szene gesetzt worden, und es ist, z. B. in Paris, zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten gekommen. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß Ferrer's Schuld, d. h. seine Teilnahme an dem Mord in Barcelona, nicht erwiesen, daß er nur ein theoretischer Revolutionär gewesen und daß er als Opfer des Merkantilismus gefallen sei.

Nicht zu bestreiten ist, daß das Verfahren gegen Ferrer an die Praktiken der Inquisition erinnert. Es war nicht nur streng geheim, sondern es sind auch nicht einmal Zeugen in der Gerichtsverhandlung vernommen worden. Mag Ferrer, der ohne Zweifel eine anarchistische Richtung verfolgt hat, des ihm vorgeworfenen Verbrechens der Anstiftung und Beihilfe zum Aufruhr schuldig sein oder nicht, jedenfalls hat die spanische Regierung den schweren Fehler begangen, die Schuldbeweise gegen Ferrer vollständig geheim zu halten und durch rücksichtslose Anwendung der Zensur jede Aufklärung zu unterdrücken. So hat der Gedanke, daß ein nur der Merkantil Herrschaft mißliebiger, aber im juristischen Sinne nicht schuldiger Mann in den Gräben der Bestattung Montjuich nach Kriegsrecht, aber doch widerrechtlich erschossen worden sei, die heftigsten Ausdrücke des Abscheus gegen die spanische Regierung hervorgerufen. Selbst die konservative Presse Englands, wo seit der Heirat des jungen spanischen Königs mit einer englischen Prinzessin ein hartes Wohlwollen für das iberische Königreich herrschte, hat sich jetzt den Protesten wider das Verfahren gegen Ferrer angeschlossen und hält nicht mehr mit Sorgen für die Sicherheit des Königs-paares und um die künftige Entwicklung Spaniens zurück.

Für den kühnen Beobachter besteht nur ein starker Schein für ein begangenes Unrecht. Keiner unter den Demonstranten vermag die Hauptfrage zu entscheiden, ob hinreichende Beweise gegen Ferrer vorliegen oder nicht. Mag Ferrer auch nur durch seine Lehren den Geist genährt haben, der in Barcelona so häufig Bombenanschläge, Brandstiftungen und Mordtaten herbeigeführt hat, so sollte doch die Teilnahme für sein vielleicht widerrechtliches Ende nicht vergessen werden, wieviel Hunderte unzweifelhaft ganz unschuldige Opfer die anarchistischen Aufstände in Barcelona gekostet haben, und wieviel Tausende von Menschen durch sie in Kummer und Not versetzt worden sind. Andererseits ist es freilich auch kein Zufall, daß gerade in dem Lande einer unzulässigen, mit Privilegien aller Art ausgestatteten, das Volk in Unbildung erhaltenen Priesterwirtschaft die häufigsten Greuelthaten dieser Art geschehen sind.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Die auf die Strafprozess-Reform bezüglichen Vorlagen hat der Reichstanzler dem Bundesrat mit dem Antrage wieder zugehen lassen, die Vorlagen von neuem in unveränderter Form an dem Reichstag gelangen zu lassen.

Gegen die Einführung von Schiffsahrts-Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen hat die sächsische Regierung Front gemacht und dem Bundesrat um Verschiebung der Angelegenheit ersucht.

Nachlänge von der Eisenacher Feier. An die Familie Rudolf v. Bennigsen wurde vom Festmahl am Sonntag folgendes Telegramm abgefaßt: Die heute zur fünfzigjährigen Wiederkehr der Gründung des Nationalvereins in Eisenach zu festlicher Stunde vereinigte Versammlung, die den Namen Rudolf von Bennigsen und den von ihm vertretenen Gedanken des nationalen Liberalismus huldigt, spricht den in Bennigsen versammelten Mitgliedern der Familie Bennigsen für die freundlichen Grüße des Gedankens herzlichsten Dank aus und bittet, die Versicherung entgegenzunehmen, daß die heutige Generation im Hinblick zu ihren geistigen Ahnen im Sinne Rudolf von Bennigsen weiter arbeiten und wirken wird. Bennigsen zum Gedächtnis, dem von ihm und uns heißgeliebten einigen deutschen Vaterlande zum Wohle und Segen. Es hatten unterzeichnet: Basserman, Friedberg, Sieber.

Die Nationalliberalen und die indirekten Steuern. Eine Aeußerung, die am letzten Freitag in einer Eisenacher Versammlung der Reichstagsabgeordnete Paasche über die Stellung der nationalliberalen Partei zu dem Problem der indirekten Steuern getan hat, ist in der Presse lebhaft kommentiert worden. Nach den ersten Berichten sollte Herr Geheimrat Paasche in Eisenach erklärt haben: die Nationalliberalen dürften in Zukunft überhaupt keine indirekten Steuern mehr bewilligen. Man wird einem alten Professor der Nationalökonomie, einem (auch in der Praxis erfahrenen) sehr gründlichen Kenner des deutschen Wirtschaftslebens nicht zutrauen dürfen, daß er dergleichen ausspricht. Vielmehr hat Geheimrat Paasche, wie die „Nat. Korresp.“ inzwischen zweifelsfrei festgestellt hat, lediglich betont: „die Nationalliberalen täten am besten, in ihr Programm den Satz aufzunehmen: keine neuen indirekten Steuern, wenn nicht zuvor die Besitzsteuerfrage in befriedigender Weise geregelt worden ist“.

Praktische Versuche mit dem „Scheinwerfer-Gewehr“. Wie die Korrespondenz „Heer und Politik“ von militärischer Seite erfährt, werden in dieser Woche in Gegenwart von Vertretern Berliner Regimenter mehrere praktische Scheinwerfer-Versuche mit dem neuen Scheinwerfer-Gewehr gemacht werden. Die Versuche finden zur Nachtzeit statt, um die Wirkung des am dem Gewehr in Form eines Fernrohrs angebrachten Scheinwerfers beim Zielen erkennen zu können. Das Scheinwerfer-Gewehr, von dessen Erfindung vor kurzer Zeit berichtet, hat beim Jagdgebrauch schon große Erfolge erzielt, und man konnte selbst in dunkelster Nachtzeit ganz ruhig und scharf zielen und treffen. Es fragt sich aber, wie weit seine militärische Brauchbarkeit geht. In dieser Woche finden die Scheinwerfer-Versuche vor den Jägern auf dem Vor-nimen Schießfelde statt, in nächster Woche vor Vertretern der Gardeinfanterie in Hallensee.

Der serbische Minister des Auswärtigen Milowanowitsch stattete in Berlin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schöna einen Besuch ab. Ob er freie Bahn für einen Empfang des Königs Peter am deutschen Kaiserhofe gewonnen hat, sagt die amtliche kurze Mitteilung nicht. Sollte der Minister ein Anleihe-Begehren vorgetragen haben, so ist ihm hoffentlich mit „leider ganz unmöglich“ geantwortet worden.

Zum Fall des Reichstagsabgeordneten Schafwind der „Post. Btg.“ geschrieben, daß zwei von den gegen Herrn Schafwind gestellten Strafanträgen zurückgezogen sind, und daß auch der dritte zurückgezogen sein soll. Mit der Zurückziehung der Strafanträge würde aber das Verfahren ganz erledigt sein, da dieses lediglich auf den Tatbestand der Beleidigung gestützt ist.

Mit der Einweihung des französischen Kriegerdenkmal in Weichenburg beschäftigten sich an herborragender Stelle, in ihrem Leitartikel,

die „Post. N. N.“ Auch diesmal soll die Einweihung eine Kundgebung deutschfeindlicher Gesinnung gewisser Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung gewesen sein und dem französischen Chauvinismus neue Nahrung zugeführt haben. In der Tat muß es einen seltsamen Eindruck gemacht haben, wenn in Gegenwart der Vertreter deutscher Zivil- und Militärbehörden die Festteilnehmer mit blau-weiß-roten Abzeichen erschienen und mit Inbrunst sich als Franzosen gebärdeten.

#### Oesterreich-Ungarn.

Die Session des österreichischen Reichsrats hat mit der lärmenden Tschechen-Obstruktion begonnen; die Herren haben es offenbar unter ihrer Würde gehalten, mit der versleckten und lärmenden Obstruktion der jogen. Dringlichkeits-Anträge einleitend zu operieren. Der Reichsrat ist arbeitsunfähig und der Schluß der Session wird nicht lange auf sich warten lassen. Zur Eröffnungssitzung waren Saal und Tribünen überfüllt. Als die Minister unter Führung des Ministerpräsidenten von Wien enttraten, wurden sie von den Tschechen mit Rufen und Abzugsrufen empfangen. Die Tschechen setzten ihren Lärm auch fort, als der Abgeordnete Janda, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, als Alterspräsident die Leitung der Geschäfte übernahm und an das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Haus den Appell richtete, seine Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Die kurze Ansprache gipfelte in einem Hoch auf den Kaiser. Trotz des Einspruchs der Deutschen wurde die Vornahme der Präsidentenwahl auf Freitag festgelegt und erfolgte nicht sofort, wie es der Verfassung ent-sprochen hätte. Trotz dieser Rücksichtnahme auf ihre Wünsche schloßen und lärmten die Tschechen weiter. Ihr Gebahren in der kurzen Eröffnungssitzung war nur das Beispiel der sturpellosen Obstruktion, die sie vom Freitag ab betreiben wollen. Sie lassen sich nur beschäftigen, wenn die beiden erledigten Minister-Portefeuilles Vertretern ihrer Partei überlassen werden. So weit wird die Regierung in ihrer Nachgiebigkeit aber hoffentlich nicht gehen.

Die deutsche Amtssprache in den österreichischen Kronländern und die Tschechen. Der in dem Landtage der deutschen Kronlande Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Borsberg gleichzeitig eingebrachte Gesetzentwurf auf Festlegung des Deutschen als alleinige Amtssprache in diesen vier rein deutschen Gebieten hat den grimmigsten Jorn der Tschechen erregt. Statt sich darüber klar zu werden, daß das Deutschtum der Kronlande nur dasselbe Recht für sich in Anspruch nimmt, was das Tschechentum selbst in Böhmen und Mähren als sein heiligstes Gut vertritt, das Recht, die inneren Verhältnisse des Landes autonom zu regeln, stellen sich die tschechischen Politiker, als ob die Beschlüsse der 4 Landtage den Reichsgrundgesetzen im Gesicht schlägen. In Wahrheit sieht das Reichsschulgesetz die amtliche Verwendung mehrerer Sprachen im Unterricht nur für gemischt-sprachige Gebiete, d. h. für solche vor, in denen mehrere Nationalitäten die gleiche geschichtliche Bodenständigkeit besitzen, berührt also die rein deutschen Kronlande in keiner Weise. Die tschechischen Politiker scheinen entschlossen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, um das ihnen nicht genügend gefügige Ministerium Wien zu stürzen. Sie hoffen dies durch Zurückziehung der tschechischen Minister aus dem Kabinett zu erreichen und drohen im Reichsrat mit Obstruktion. Sie dürften sich aber, wie die Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland schreiben, diesmal verrechnen haben, da in dieser Lebensfrage das gesamt Deutschtum einschließlich der mächtigen und der Regierung unentbehrlichen christlich-sozialen Par-